

Alte und neue Atlantiker-Gaullisten-Kontroversen

Torsten Oppelland

Die fundamentalen Entscheidungen in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland waren stets von großen öffentlichen Debatten begleitet. Die Adenauersche Politik der Westbindung war in den 50er Jahren ebenso umstritten wie die Ostpolitik Willy Brandts in den 70er und die Politik der Nachrüstung unter Helmut Kohl in den frühen 80er Jahren. In den 90er Jahren wurde, wenn auch unter deutlich geringerer Beteiligung der Öffentlichkeit, über die Rolle, die das wiedervereinte Deutschland international spielen solle, gestritten, was sich insbesondere an der Frage festmachte, ob sich deutsche Truppen an internationalen friedens erzwingenden Einsätzen – mit oder ohne UNO-Mandat – beteiligen sollten. Stets waren die politischen Parteien diejenigen Akteure, die die verschiedenen Positionen artikulierten und zuspitzten und damit ihre wichtigste Funktion in der Formulierung der Außenpolitik erfüllten.¹

Die Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse der 60er Jahre unterschied sich von den genannten außenpolitischen Debatten in zweifacher Hinsicht. Zum einen waren zwar alle Parteien beteiligt,² die eigentlich kontroversen Positionen bestanden aber dennoch nicht in erster Linie *zwischen* den ansonsten im politischen Wettbewerb stehenden Parteien, sondern *innerhalb* der Unionsparteien. Darüber hinaus blieb diese Kontroverse anders als alle anderen in gewisser Weise offen und unentschieden, so dass sie – was ihre besondere Aktualität ausmacht – immer wieder zu Tage getreten ist. Die Auseinandersetzungen um Westbindung und Wiederbewaffnung waren mit dem Godesberger Programm und besonders der berühmten Wehner-Rede von 1960 erledigt. Spätestens als die SPD sich auf den Boden der von Adenauer geschaffenen Tatsachen stellte, ging, um mit Ernst Fraenkel zu sprechen, diese weit mehr als sicherheitspolitische Grundentscheidung vom kontroversen in den nicht-kontroversen Sektor über. Dasselbe gilt für die Ostpolitik, die von der Regierung Kohl zwar mit zum Teil deutlich anderen Akzentuierungen unter dem Motto »pacta sunt servanda« schließlich doch fortgesetzt wurde.³ Auch die Friedensbewegung der 80er Jahre verlor nach dem Vollzug der Nachrüstung, vor allem aber mit

1 Vgl. Torsten OPPELLAND, *Parteien*, in: Herbert DITTGEN/Siegmar SCHMIDT (Hg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden 2004 (im Druck).

2 Vgl. Reiner MARCOWITZ, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969*, München 1996.

3 Vgl. Karl Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, Stuttgart 1998, S. 80f.

der neu einsetzenden Dynamik der Abrüstungspolitik, die mit dem INF-Vertrag sogar zum Abzug der Mittelstreckenwaffen führte, rasch an Bedeutung. Mit der Entscheidung der rot-grünen Bundesregierung zur Beteiligung deutscher Truppen an dem von der NATO geführten Krieg gegen Serbien im Jahre 1999 war auch die Auseinandersetzung über die Verantwortung des vereinten Deutschlands in der internationalen Politik weitgehend beendet. Die Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse jedoch wurde nie wirklich entschieden, sondern in einer sowohl das atlantische Bündnis unter amerikanischer Führung als auch europäische Integration und deutsch-französische Freundschaft gleichermaßen betonenden Politik des »sowohl – als auch« aufgehoben und kam, wann immer man in der Bundesrepublik mit dem Kurs der amerikanischen Politik unzufrieden war, wieder an die Oberfläche.⁴ So auch in den Jahren 2002/03, wenn auch im Grunde völlig unerwartet, nachdem die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO auf dem Balkan in der zweiten Hälfte der 90er Jahre gut funktioniert hatte. Um so lohnender und wichtiger ist es, die Entstehung jener ursprünglichen Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse noch einmal zu untersuchen, wie Ronald Granieri es jüngst – zu einem denkbar günstigen Zeitpunkt – getan hat.⁵ Reizvoll ist es auch, die Struktur der innenpolitischen Auseinandersetzung damals und heute zu vergleichen, wie es am Ende dieses Essays in aller Kürze geschehen soll.

I.

Mit einem Sinn für historische Ironie beginnt Granieris Studie mit der Paradoxie, dass Konrad Adenauer beides war, Atlantiker und Gaullist – wenn auch zu verschiedenen Zeitpunkten und unter sich verändernden Umständen. Ausgerechnet gegenüber Michel Debré, dem französischen Premierminister und Erz-Gaullisten, verteidigte der Bundeskanzler noch 1960 die Vorteile der Integration in die von den Amerikanern geführte militärische Allianz der NATO. Selbst wenn man dafür militärische Selbstbestimmung aufgabe, sei der Gewinn an Sicherheit und an innenpolitischen Vorteilen so groß, dass es sich allemal lohne (S. 1). Nur wenige Jahre später konnte sich Adenauer wie kaum

4 So ging etwa die Europapolitik Helmut Schmidts in den späten 70er Jahren auch auf seine Unzufriedenheit mit der amerikanischen Führungsrolle zurück; vgl. Matthias SCHULZ, *Vom ›Atlantiker‹ zum ›Europäer‹? Helmut Schmidt, deutsche Interessen und die europäische Einigung*, in: Mareike KÖNIG/ Matthias SCHULZ (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen. Festschrift für Wolf D. Gruner zum 60. Geburtstag*, Stuttgart 2004, S. 185–220, hier S. 218.

5 Ronald GRANIERI, *The Ambivalent Alliance. Konrad Adenauer, the CDU/CSU, and the West, 1949–1966*, New York/Oxford: Berghahn Books 2003 (alle Verweise auf das Buch werden im folgenden im Text unmittelbar nachgewiesen).

ein anderer deutscher Politiker über den mangelnden Willen der Amerikaner, die europäischen Interessen zu verstehen, auslassen und die Notwendigkeit engster deutsch-französischer Zusammenarbeit beschwören (S. 2). Insbesondere die erste Schilderung, die Granieri aus Adenauers Erinnerungen zitiert, passt wunderbar zu seinem Forschungsprogramm, denn es geht ihm um die Verknüpfung von »diplomacy and domestic politics«, und er will »the attitudes behind *Westbindung*, the debates surrounding specific decisions, and the strategies used to gain electoral support« untersuchen (S. XI). Der in parteienstaatlich verfassten Demokratien so wichtige Aspekt der Verknüpfung von Partei- und Außenpolitik ist bisher zweifellos in der deutschen Geschichtswissenschaft etwas unterbelichtet geblieben, schon allein deshalb ist die Studie von Granieri überaus verdienstvoll.⁶

Bleibt die Frage, warum Adenauer seine Prioritäten so verschieden setzen konnte, mal mehr für die Vereinigten Staaten, mal mehr für Frankreich. Granieri will als Erklärung dafür nicht nur »circumstances and advancing age« gelten lassen (S. 6), sondern führt das Paradox auf die grundsätzlich in der Politik der »Westbindung« angelegte Ambiguität zurück. Denn in den Unionsparteien habe es bei aller Einigkeit in der Ablehnung von Neutralitätsideen oder gar eines Arrangements mit der Sowjetunion unterschiedliche Vorstellungen darüber gegeben, was eigentlich unter »dem Westen«, an den man sich binde, zu verstehen sei. Während die einen, wenn sie an den Westen dachten, eher ein kontinentales, »abendländisch« geprägtes, auf einer gemeinsamen historischen und kulturellen Identität beruhendes (West-) Europa meinten, so stellten sich die anderen darunter einen größeren, offeneren, freihändlerischen Westen unter Einschluss der Briten und Amerikaner vor (S. 13f.). Bei manch einem Unionspolitiker, eben auch Adenauer, schlugen sogar zwei Herzen in einer Brust. Dieser Gegensatz, dessen Ursache in der heterogenen Zusammensetzung der frühen Union aus ehemaligen Zentrumspolitikern und liberalen und konservativen Protestanten lag, wurde zwar, so Granieris zentrale These, lange durch den gemeinsamen Antikommunismus und die Wahrnehmung einer unmittelbaren Bedrohung durch die Sowjetunion verdeckt, bildete aber bereits frühzeitig den kulturellen Boden für die späteren Auseinandersetzungen zwischen Gaullisten und Atlantikern in den Unionsparteien. Dieses tiefreichende Wurzelwerk freigelegt zu haben, ist ein weiteres wichtiges Verdienst der Arbeit von Granieri.

Indem er sich auf die kulturellen Unterschiede hinsichtlich der Frage, was eigentlich unter »dem Westen« zu verstehen sei, konzentriert, will Granieri zugleich die etwas »abgestandenen Debatten« (S. 10) darüber meiden, ob Ade-

6 Hans-Jürgen GRABBE, *Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966*, Düsseldorf 1983, sowie die bereits genannte Arbeit von MARCOWITZ (wie Anm. 2) stellen eher die Ausnahmen als die Regel dar.

nauer die Wiedervereinigung wirklich wollte oder ob die Westbindung sein primäres Interesse und die Wiedervereinigungsrhetorik lediglich Blendwerk gewesen sei, um seine Politik der deutschen Öffentlichkeit zu verkaufen. Ganz zu vermeiden ist die nationale Frage jedoch nicht, denn diese war für die meisten der zeitgenössischen Akteure, wie Granieri sehr wohl weiß, von überragender Bedeutung. In einer gewissen Vernachlässigung der Wiedervereinigungsfrage liegt eine Problematik seiner Argumentation. Dies wird meines Erachtens deutlich, wenn er als Elemente von Adenauers »vision of Germany's interests« die Erhaltung von Stabilität und Sicherheit »keeping the German question as open as possible« aufzählt (S. 21). Besonders letzteres greift jedoch zu kurz. Indem es Adenauer gelungen war, die Westalliierten auf das Ziel der deutschen Wiedervereinigung festzulegen und ein Junktim zwischen gesamtwestlicher Entspannungspolitik und sowjetischen Zugeständnissen in der deutschen Frage herzustellen, schien es eine ganz konkrete, wenn auch sicher nicht kurzfristige Perspektive in eben dieser deutschen Frage zu geben. Denn dass die Sowjetunion auf mittlere Sicht würde einlenken und Konzessionen machen müssen, schien Adenauer und seinen engsten Mitarbeitern sicher. Erst als das Junktim zwischen Entspannungspolitik und deutscher Frage in den USA immer weniger den eigenen Interessen zu entsprechen schien – dies war spätestens seit dem Sputnik-Schock der Fall⁷ – und sie es deshalb immer offener fallen ließen, wurde die Alternative einer eigenständigeren europäischen Politik, wie de Gaulle sie verlangte, für den Kreis um Adenauer interessanter.⁸

Aber dies greift der Darstellung von Granieri etwas voraus. Im ersten Kapitel seiner chronologisch angelegten Untersuchung zeigt der Autor in überzeugender Weise, wie sehr in den frühen Jahren der Bundesrepublik die enge Anlehnung an die USA und die ersten Schritte zur europäischen Integration miteinander verwoben waren. Zugleich demonstriert er, wie Adenauer virtuos mal eher auf der europäischen, mal eher auf der atlantischen Klaviatur spielte, um die verschiedenen Kritiker im eigenen Lager von seinem Kurs zu überzeugen und die nicht zu überzeugenden Gegner, wie Gustav Heinemann, zu isolieren. Einen Konflikt zwischen atlantischer und europäischer Politik gab es in dieser Phase noch nicht. Besonders eindrucksvoll beschreibt Granieri, wie Adenauer seinen inhaltlich enttäuschenden Staatsbesuch in die USA 1953 nutzte, um seine innenpolitische Position – kurz vor der Bundestagswahl – zu

7 Vgl. Klaus LARRES, *Eisenhower, Dulles und Adenauer: Bündnis des Vertrauens oder Allianz des Mißtrauens? (1953–1961)*, in: Klaus LARRES/Torsten OPPELLAND (Hg.), *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen*, Darmstadt 1997, S. 119–150.

8 Vgl. Torsten OPPELLAND, *Enttäuschte Erwartungen: Die amerikanischen Wurzeln des »Atlantiker-Gaullisten-Streits« innerhalb der Unionsparteien in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts*, in: Jörg NAGLER (Hg.), *Nationale und internationale Perspektiven amerikanischer Politik. Festschrift für Peter Schäfer*, Frankfurt/M. 2002, S. 203–231.

verbessern. Hier ist die Verknüpfung von Partei- und Außenpolitik besonders deutlich.

Nachdem die Union 1953 einen großen Wahlerfolg errungen hatte, musste sie jedoch auch eine politische Enttäuschung verkraften, wie Granieri in seinem zweiten Kapitel zeigt. Allerdings waren es in erster Linie die Europa-Enthusiasten in den Unionsparteien, wie Gerstenmaier und Brentano, denen das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Politischen Union naheging. Und während sie schnell verdrängten, dass es nicht zuletzt die französischen Gaullisten waren, an denen diese Projekte scheiterten, prägte es sich ihnen tief ein, dass mit dem französischen Premierminister Mendès-France ein Liberaler – unter dem Beifall des neuen FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler – die christdemokratische Europavision liquidierte (S. 80). Die meist evangelischen, aus dem Liberalismus stammenden Unionspolitiker dagegen reagierten eher indifferent, denn die Alternativlösung für das westdeutsche Sicherheitsproblem, die NATO-Mitgliedschaft, bot in ihren Augen der Bundesrepublik ohnehin eine bessere Position. Und diese Lösung war mit der Vision der Atlantiker viel besser zu vereinbaren als mit der der »Abendländer«. Lediglich die gemeinsame Gegnerschaft gegenüber den SPD-Plänen für ein bündnisfreies Deutschland in Rahmen eines von der UNO garantierten europäischen Sicherheitssystems habe die Gegensätze innerhalb der Unionsparteien verdeckt (S. 85). Erst 1956, mit Erhards bekannter Kritik an der allzu protektionistischen Ausrichtung der entstehenden EWG sei der Konflikt zwischen den verschiedenen Konzepten des »Westens« in der Union offen ausgebrochen. Dabei ist allerdings zu fragen, ob es nicht eher Erhards freihändlerischer Dogmatismus als seine »atlantische« Einstellung war, die ihn zu dieser Kritik veranlasst hatte.⁹ Was auch seine primären Motive gewesen waren, letztlich blieb Erhards Kritik wirkungslos und ohne viel Resonanz in den Unionsparteien, da die europäische Einigungspolitik nicht als Gegensatz zur Bindung an die USA empfunden wurde.

Dann kommt die Berlin-Krise, in deren Folge sich Adenauer, beeindruckt von der intransigenten Haltung des Generals gegenüber den Sowjets, de Gaulle immer mehr annähert und sich von den Vereinigten Staaten allmählich abwendet. Aber warum? Worin besteht der Zusammenhang zwischen Berlin-Krise und Adenauers Annäherung an de Gaulle? Granieri zitiert die pointierten Bemerkungen, die der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und enge Vertraute Adenauers, Heinrich Krone, am 1. Januar 1960 in seinem Tagebuch notierte und die ein bezeichnendes Licht auf diese Frage werfen: »Hart auf hart wird es in diesem Jahr zugehen. Moskau ist auf dem Vormarsch, der Westen in der Abwehr. Dulles ist tot. Koexistenz ist die Parole. Die große

⁹ Vgl. dazu ausführlich Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, Berlin 1998, S. 307ff.

Verführung! Armes Deutschland.«¹⁰ Der entscheidende Punkt ist, dass die USA schon in der Spätphase der Präsidentschaft Eisenhowers, eben seit Dulles' Ausscheiden, immer mehr vom Junktim zwischen Entspannungspolitik und Fortschritten in der deutschen Frage abrückten. Damit wurde der auf diesem Junktim basierenden Deutschlandpolitik Adenauers der Boden unter den Füßen weggezogen. In den folgenden Jahren versuchte der Kanzler, seit dem Amtsantritt von Kennedy mit abnehmendem Erfolg, die USA von einer konzessionsbereiten Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion abzuhalten. Sein Dilemma dabei war, dass er diese Zusammenhänge kaum öffentlich machen konnte, ohne die USA, auf die die Bundesrepublik natürlich sicherheitspolitisch angewiesen blieb, zu brüskieren. Und so blieb das Verständnis für seine Annäherung an de Gaulle, der seinerseits zum Teil aus ganz anderen Gründen der amerikanischen Führung höchst kritisch gegenüberstand, selbst innerhalb der Unionsparteien gering. Was letztlich dazu führte, dass diese Adenauers Politik missverstanden und mit der berühmten Präambel zum Elysée-Vertrag konterkarierten. All dies wird von Granieri ebenso knapp wie präzise beschrieben. Der einzige Vorwurf, den man ihm machen könnte, besteht darin, dass er den Zusammenhang zwischen der amerikanischen Entspannungspolitik, Adenauers Deutschlandpolitik und der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse eher implizit behandelt, um seine zentrale Argumentation hinsichtlich der – unbestreitbar vorhandenen und den Konflikt verschärfenden – kulturellen Differenzen innerhalb der Unionsparteien nicht zu sehr zu relativieren.

In seinem abschließenden Kapitel über die Jahre 1963 bis 1966 beschreibt er den erst nach dem erzwungenen Ausscheiden von Strauß aus dem Amt des Verteidigungsministers und dem Ende von Adenauers Kanzlerschaft in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Streit um die bundesdeutsche Außenpolitik und um den letzten von der CDU gestellten Außenminister, den Prototyp des Atlantikers, Gerhard Schröder, mit ähnlichen Akzenten und Wertungen wie ich in meiner parallel entstandenen Schröder-Biographie.¹¹

10 Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.), *Heinrich Krone. Tagebücher. Erster Band: 1945–1961*, Düsseldorf 1995, S. 393, zit. bei GRANIERI (wie Anm. 5), S. 123.

11 Torsten OPPELLAND, *Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession*, Düsseldorf 2002, bes. S. 562ff. Vgl. auch die jüngste, den Streit in einen breiten Kontext einordnende Darstellung von Eckart CONZE, *Staatsräson und nationale Interessen: Die »Atlantiker-Gaullisten«-Debatte in der westdeutschen Politik- und Gesellschaftsgeschichte der 1960er Jahre*, in: Ursula LEHMKUHL u. a. (Hg.), *Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmidt zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 2003, S. 197–226.

II.

Vergleicht man die Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse der 60er Jahre mit den deutsch-französisch-amerikanischen Spannungen der letzten Jahre, so fallen bei allem berechtigten Déjà-vu-Gefühl zwei fundamentale Unterschiede auf: Der Ausgang war ein anderer, und das Spiel fand in der deutschen Innenpolitik in den Jahren 2002/03 mit vertauschten Rollen statt.

Im Unterschied zu den 60er Jahren verweigerte Deutschland diesmal gemeinsam mit Frankreich (und Rußland, das aber nicht zum westlichen Bündnis gehört) den Vereinigten Staaten die Gefolgschaft. In der ersten Hälfte der 60er Jahre war es zu dieser Konsequenz selbst in Adenauers später gaullistischer Phase nicht gekommen. Vielmehr stimmte der Kanzler noch unmittelbar vor Abschluss des Elysée-Vertrages der Beteiligung der Bundesrepublik an der amerikanischen Initiative zur später gescheiterten MLF zu und verzichtete damit, anders als de Gaulle, darauf, sicherheitspolitisch eigene, europäische Wege zu gehen.¹²

Dieser andere Ausgang verweist noch einmal auf die überragende Bedeutung der deutschen Teilung und des Ost-West-Konflikts für die deutsche Position in den internationalen Beziehungen. In dem Moment, in dem – freilich unter völlig unvorhergesehenen Umständen und viel später als erwartet – das eintrat, was Adenauer erhofft hatte, die sowjetische Bereitschaft zu Zugeständnissen in der deutschen Frage im Gegenzug zu umfangreichen wirtschaftlichen Hilfeleistungen Deutschlands und des Westens insgesamt sowie zu Fortschritten in der Abrüstungspolitik, änderten sich Grunddeterminanten der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Dies geriet zwar nicht unmittelbar ins deutsche Bewusstsein,¹³ weil einerseits der Eindruck der amerikanischen Hilfe bei der diplomatischen Verwirklichung der deutschen Einheit alles andere überstrahlte und weil andererseits der Erwartungsdruck der USA an das vereinte Deutschland hinsichtlich einer größeren Rolle in der internationalen Politik – vor allem im Zusammenhang mit dem ersten amerikanischen Golf-Krieg – zu ganz anders gearteten Spannungen führte. Hatte sich das vereinte Deutschland aufgrund der innenpolitischen Widerstände und aufgrund einer restriktiven Ver-

12 Vgl. OPPELLAND, *Schröder* (wie Anm. 11), S. 496f. sowie GRANIERI (wie Anm. 5), S. 164f. Im übrigen kommt die Bedeutung der Nuklearfrage und des von den USA ausgehenden Strategiewechsels der NATO, der besonders Strauß zu heftigen Zweifeln an der Zuverlässigkeit der amerikanischen nuklearen Sicherheitsgarantie veranlasste und ihn ins Lager der Gaullisten trieb, in der Darstellung von Granieri ein wenig zu kurz.

13 Anders als in den USA, wo einige Politikwissenschaftler der realistischen Schule Prognosen für die Entwicklung der deutschen Außenpolitik abgaben, die sowohl in Deutschland als auch vielfach in den USA als allzu kühn belächelt wurden, vgl. beispielsweise John MEARSHEIMER, *Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War*, in: *International Security* 15 (1990), S. 5–56.

fassungsinterpretation am ersten Golf-Krieg noch nicht militärisch beteiligt, so zielte die Politik der Regierung Kohl in den 90er Jahren darauf hin, den Aktionsbereich der Bundeswehr sukzessive auszuweiten, was dann 1994 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgericht rechtlich legitimiert wurde.¹⁴ Das Ziel dieser Politik war es vor allem, die Anfang der 90er Jahre entstandenen Spannungen im Verhältnis zu den USA wieder abzubauen. Daneben setzte sich die Regierung Kohl freilich auch sehr für die Intensivierung der außenpolitischen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die im Vertrag von Maastricht geschaffen wurde, und sogar für die bis heute unvollendete Integration der europäischen Außenpolitik ein. Obwohl seit dem Ende des Ost-West-Konflikts die sicherheitspolitische Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA erheblich reduziert war und es auch im Blick auf die – gelöste – deutsche Frage keine einseitige Abhängigkeit mehr gab, hielt die Regierung praktisch ohne Einschränkungen an der bewährten Strategie des »sowohl-als auch« fest. Allerdings ist die Frage offen, ob nicht die europäische Integration mit dem Maastricht-Prozess bereits soviel an Gewicht gewann, dass sich die deutschen Prioritäten schon in der Ära Kohl allmählich, anfangs noch kaum spürbar verschoben.

In seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler hatte Gerhard Schröder die etwas seltsame Metapher von der »erwachsenen Nation« gebraucht.¹⁵ Die Vorstellung eines Erwachsenen, eines der Jugend Entwachsenen beinhaltet zugleich das Selbständigwerden und die Ablösung von den Eltern. Nimmt man Martin Niemöllers berühmte Polemik, dass die Bundesrepublik im Vatikan gezeugt und in Washington geboren sei, zum Maßstab, so können mit den »Eltern« eigentlich nur die Vereinigten Staaten gemeint sein. Insofern ist hier bereits, wenn auch noch mehr implizit als explizit, eine Reflexion der geschwundenen Abhängigkeit Deutschlands von den USA erkennbar. Auch in der politischen Öffentlichkeit wurde die Tatsache, dass es zwischen den europäischen Staaten und den USA zahlreiche und seit dem Amtsantritt der Regierung des Präsidenten George W. Bush wachsende Disenspunkte gab, kontrovers diskutiert, häufig zugespitzt auf die Frage, wo Deutschland sich in diesem Spannungsfeld positionieren sollte: »Europa versus USA?«¹⁶ In der konkreten Politik der rot-grünen Bundesregierung war von einer Abnabelung von Amerika anfangs freilich wenig zu spüren. Von der Beteiligung am Kampfeinsatz gegen das ehemalige Jugoslawien im Zusam-

14 Vgl. Nina PHILLIPPI, *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland*, Frankfurt/M. 1997.

15 Regierungserklärung vom 10. November 1998, veröffentlicht u. a. unter <http://www.bundeskanzler.de>.

16 So der Titel von *Die Politische Meinung* Nr. 380 (Juli 2001 – also vor dem 11. September und der Irak-Krise); ähnliche Akzente setzte beispielsweise ein Sonderheft des *Merkur* mit dem Titel »Europa oder Amerika? Zur Zukunft des Westens« (54. Jg. Sept./Okt. 2000).

menhang mit der Kosovo-Krise bis hin zur »uneingeschränkten Solidarität« nach dem 11. September bewährte sich die neue Bundesregierung als loyaler Bündnispartner in der nach wie vor amerikanisch geführten NATO – trotz zum Teil erbitterter Widerstände im eigenen (innen-)politischen Lager.

Erst unmittelbar vor der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes des Jahres 2002 änderte sich das Bild, dann aber gründlich. In gewisser Weise fanden sich die Vereinigten Staaten in der Rolle des Zauberlehrlings wieder, der stets eine aktivere Rolle der Bundesrepublik in der internationalen Politik gefordert hatte und nun damit leben musste, dass die Bundesregierung der amerikanischen Irak-Politik im UN-Sicherheitsrat konsequenten Widerstand entgegensetzte. Dass bei der deutschen Regierung innen- bzw. wahlpolitische Motive eine wichtige Rolle gespielt haben, ist wohl offensichtlich,¹⁷ aber derartige Erwägungen waren auch Adenauer nie fremd, wie oben angesprochen wurde. Während des Wahlkampfes wurde noch nicht völlig deutlich, wie sehr sich die Rollen seit den 60er Jahren vertauscht hatten. War damals die SPD gewissermaßen zum Gralshüter der Westbindung mutiert und die Union zwischen Gaullismus und Atlantizismus zerrissen, so standen nunmehr die SPD und die Grünen sehr geschlossen hinter dem Konfrontationskurs der Regierung gegenüber den USA. Die Unionsparteien fanden anfangs, auch angesichts der gewaltigen öffentlichen Zustimmung zu Schröders und Fischers Ablehnung jeglicher »Abenteuer« im Irak, nicht zu einer klaren Stellungnahme.¹⁸ Erst nach der knapp verlorenen Bundestagswahl wurde von der CDU unter der Führung von Angela Merkel eine eindeutige Position eingenommen.¹⁹ Der Beschluss des Bundesvorstandes der CDU vom 28. April 2003²⁰ (also nach Ende der Kampfhandlungen im Irak) knüpfte mit der Formulierung über die »Werte-, Interessen- und Schicksalsgemeinschaft« zwischen Europa und Amerika unmittelbar an das Schlüsseldokument des Atlantizismus, die vom Bundestag einseitig dem Elysée-Vertrag hinzugefügte Präambel, an, in der die europäi-

17 Vgl. Torsten OPPELLAND, *Der Irak-Konflikt und die deutsch-amerikanischen Beziehungen*, in: Hartmut BEHR/Markus KAIM (Hg.), *Der Irak-Konflikt. Aktuelle Analysen*, Jena 2003, S. 73–77.

18 Vgl. Marion LEITEL/Stefan EISENTRAUT, »Operation Heimkehr« – *CDU und CSU im Bundestagswahlkampf 2002*, in: Torsten OPPELLAND (Hg.), *Warum Wahlen verloren gehen. Studien zu den Wahlkampfstrategien von CDU/CSU, FDP und PDS im Bundestagswahlkampf 2002*, Jena 2003, S. 37–68, hier S. 59f.

19 Deutlich erkennbar wurde Merkels Position bei der 39. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, bei der sie am 8. Februar 2002 eine Rede hielt, in der sie die politischen und militärischen Fähigkeiten der EU als global player äußerst skeptisch beurteilte und deshalb für eine fortgesetzt enges Bündnis zwischen Europa und den vereinigten Staaten plädierte.

20 Veröffentlicht auf der Homepage der CDU: <http://www.cdu.de>; in der Öffentlichkeit wurden insbesondere die Passagen des Beschlusses zur Weiterentwicklung des Völkerrechts kritisiert, die in unserem Zusammenhang jedoch nicht von Belang sind, vgl. Christian GEYER, »Treuherzig. Wolfgang Schäuble schminkt der CDU das Völkerrecht ab«, in: FAZ, 30. April 2003, S. 37.

sche Integration und die deutsch-französische Freundschaft ebenfalls in einen gesamtwestlichen Kontext eingeordnet worden waren.²¹ Dabei wird von der CDU die Frage stillschweigend ausgeklammert, ob es »den Westen« – im Singular – in der heutigen Situation, ohne die Bedrohung durch die Sowjetunion, überhaupt noch gibt, ja noch geben kann. Ronald Granieri hat in seinem Buch sogar bezweifelt, dass es diesen einen Westen je gab.

Mit den Schwierigkeiten der Amerikaner im Irak nach dem Ende der eigentlichen Kampfhandlungen ist der neue Atlantiker-Gaullisten-Streit allmählich abgeklungen, denn es wurde zunehmend klar, dass die Folgen eines Scheiterns der amerikanischen Politik Europa und die Vereinigten Staaten gleichermaßen betreffen würden. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie weit der Konflikt wieder aufflammen wird, wenn die nächste Bundestagswahl näher rückt.

21 Auch die CSU und Stoiber haben diese Position bekräftigt, vgl. Dorothee GEMBRIES, *Der Streit zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« in Deutschland 1963 bis 1965*, in: Dieter BLUMENWITZ/Gerd WEHNER (Hg.), *Schritte in eine Rechtsordnung. Die aktuelle Entwicklung des Völker- und Europarechts mit ihren historischen Bezügen*, München 2003, S. 135–148, hier S. 148.